

Die Rohingya in Burma:

Die am meisten verfolgte Minderheit der Welt



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de
www.facebook.com/bedrohteVoelker
www.facebook.com/rightsbehindyou



Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ilaria Cimino, Hanno Schedler

Redaktion: Sandy Naake

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Preis: 2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2014

Die Rohingya in Burma: Die am meisten bedrohte Minderheit der Welt

1. Zusammenfassung	5
2. Wer sind die Rohingya?	7
3. Die Situation seit Juni 2012 - Eskalation der Gewalt	9
4. Die 969-Bewegung und buddhistischer Extremismus	15
5. Rohingya auf der Flucht in die Nachbarländer	18
6. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker	21
7. Was man selber tun kann	22

1. Zusammenfassung

In den vergangenen zwei Jahren haben viele Menschen in Burma (offiziell: Myanmar) mehr Freiheiten bekommen: Politische Gefangene wurden freigelassen; es gibt mehr Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit als früher. Die Situation der muslimischen Minderheit der Rohingya hingegen hat sich keinesfalls verbessert. Seit Jahrzehnten werden sie in ihrem eigenen Land von den staatlichen Behörden und der buddhistischen Mehrheitsbevölkerung systematisch ausgegrenzt. Statt sie als gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen, schürt die Regierung sogar die Verfolgung der Rohingya.



Flagge der Rohingya

Das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 machte die Rohingya zu Staatenlosen. Auf einer staatlichen Liste aller 135 Völker des Landes tauchen die Rohingya nicht auf, obwohl sie seit dem 8. Jahrhundert in Burma zuhause sind. Die Regierung Burmas behauptet, die Rohingya seien „bengalische Einwanderer“, die nach Bangladesch zurückgeschickt werden müssten. Staatspräsident Thein Sein hat sogar angedroht, die gesamte Volksgruppe auszuweisen. Weil die Rohingya keine Staatsbürger mehr sind, werden sie wie Rechtlose behandelt und bekommen keine Ausweise. Wer heiraten will, braucht eine Erlaubnis, die oft Jahre auf sich warten lässt. Eheleute dürfen, wenn sie Rohingya sind, nicht mehr als zwei Kinder bekommen. Regelmäßig werden Rohingya als Zwangsarbeiter eingesetzt. Behörden erheben von ihnen willkürlich Steuern oder beschlagnahmen ihr Land.

Die meisten Rohingya leben in Burma im Bundesstaat Rakhine (früher Arakan). Sie sind auf die lokale Hauptstadt Sittwe, kleine Dörfer und seit Juni 2012 in Flüchtlingslager verteilt. In der Stadt leben sie wie in einem Freiluft-Gefängnis: Sie können den Aungmye-Bezirk von Sittwe nicht verlassen, selbst wenn sie ins Krankenhaus müssen. Sie sind in ihrer eigenen Stadt gefangen.

Diejenigen, die in den Dörfern leben, wohnen in einem Dauerzustand der Angst, von

buddhistischen Extremisten attackiert zu werden. Viele haben eine ihrer wenigen Möglichkeiten, selbst Lebensmittel anzubauen, verloren: Ihre Verwandten kehren von den Reisfeldern nicht zurück, weil sie ermordet werden. Seit Juni 2012 hat die religiös motivierte Gewalt gegen Rohingya extrem zugenommen. Viele Dörfer und Rohingya-Siedlungen werden von wütenden Mobs angezündet, Frauen werden vergewaltigt und Männer mit Stöcken zu Tode geprügelt. Die burmesische Polizei schaut zu oder beteiligt sich sogar an den Attacken. Die Rohingya, die die Massaker überleben, haben keine andere Wahl, als in Flüchtlingslager zu gehen.

Dort sind die Zustände katastrophal: Es gibt kein frisches Trinkwasser, nicht genug Nahrungsmittel, Decken, Zelte und sanitäre Anlagen. Die Polizei kontrolliert die Lager. Der Zugang für internationale humanitäre Hilfe ist durch die Behörden streng reguliert. Nicht alle Menschen in den Lagern können versorgt werden. Manchmal und nur dank der Zahlung eines Bestechungsgeldes oder durch die Hilfe einer humanitären Organisation können die Flüchtlinge die Lager für wenige Stunden verlassen. Die Kindersterblichkeit und die Rate der Frauen, die während der Schwangerschaft sterben, haben deshalb unter den Rohingya stark zugenommen und sind, verglichen mit der Gesamtbevölkerung Burmas, doppelt so hoch. Die staatlichen Behörden tun nichts, um dem Hass gegen die Rohingya entgegenzutreten. Die Polizei schützt die Rohingya nur selten.

In Burma sind nur vier Prozent der Bevölkerung Muslime. Dennoch versuchen buddhistische Nationalisten, mit Slogans wie „Wenn wir schwach sind, wird unser Land muslimisch werden“ Hass zu schüren. Aktivisten der nationalistischen buddhistischen Bewegung 969 reisen in alle Landesteile und rufen öffentlich dazu auf, die Rohingya auszugrenzen und aus ihren Siedlungen und Dörfern zu vertreiben. Regelmäßig kommt es wenige Tage nach diesen Aufrufen zur Gewalt der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit gegen die Rohingya.

Verarmt und traumatisiert versuchen viele Rohingya, in den Nachbarländern endlich Sicherheit zu finden. Aber der Traum nach einem besseren Leben findet in der Realität keine Erfüllung. Die Rohingya müssen erst eine gefährliche Reise zur burmesischen Küste auf sich nehmen, wo die Polizei auf sie wartet, um sich bestechen zu lassen: Nach der Ankunft an der Küsten müssen sie sich in die Hände von Schmugglern begeben, die sie für 1.000 Dollar in die Nachbarländer bringen. Auf kleinen Fischerbooten, für mehrere Tage in derselben Position verharrend mühsend, kämpfen die Rohingya gegen Durst, Hunger und Gewalt durch die Bootsmannschaft. Immer wieder ertrinken Rohingya auf der Flucht.

Selbst mit dem Erreichen der Küsten der Nachbarstaaten Thailand, Indonesien oder Malaysia ist ihre Odyssee noch nicht vorbei: Häufig werden sie Opfer von skrupellosen

Menschenhändlern, die sie als Sklaven auf Fischerboote und Farmen verkaufen. Rohingya-Frauen und -Mädchen werden immer wieder als Sex-Sklavinnen missbraucht. Obwohl die internationale Gemeinschaft versucht hat, die Nachbarstaaten Burmas dazu zu bringen, entschlossener gegen den Menschenhandel vorzugehen, floriert das Geschäft. Die Rohingya sind als staatenlose Menschen besonders gefährdet, Opfer von Menschenhändlern zu werden. Sie werden nirgendwo vermisst. Kein Nachbarstaat setzt sich für ihre Sicherheit ein.

Die Nachbarstaaten Burmas erkennen sie nicht als Flüchtlinge an; sie haben nicht die UN-Flüchtlingskonvention unterschrieben und schieben viele Rohingya wieder nach Burma ab. Es kümmert sie nicht, dass den Rohingya in Burma Verfolgung und Gefängnis drohen. Mehr als 65.000 Rohingya sind in die Nachbarländer geflohen und leben in Internierungslagern, die sie nicht verlassen dürfen. Auch dort sind die Lebensumstände schrecklich.

Ohne den Druck der internationalen Gemeinschaft wird sich die rechtliche Situation der Rohingya nicht verbessern. Europa muss auf die burmesische Regierung Druck ausüben, damit die fatale rechtlose Situation der Rohingya endet.

2. Wer sind die Rohingya?

Die rund 800.000 bis 1,3 Millionen muslimischen Rohingya leben zum Teil seit dem achten Jahrhundert im Vielvölkerstaat Burma, in dem Buddhisten die



Bevölkerungsmehrheit stellen. Die Rohingya stammen von Händlern ab, die sich in der Region niederließen und heute überwiegend im Bundesstaat Rhakine (früher Arakan)

Die Rohingya in Burma

leben. Sie sind in Burma nicht als eine der 135 offiziell von der Regierung registrierten ethnischen Gruppen des Landes aufgeführt. Sie werden von staatlicher Seite und der burmesischen Mehrheitsbevölkerung als „bengalische Migranten“ aus dem Nachbarland Bangladesch angesehen, obwohl sie nicht Bengali sprechen.

Mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 nahm die Regierung den Rohingya alle Rechte: Ihnen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen. Noch immer sind sie Gewalt, Diskriminierung und Rassismus sowie der völligen Willkür staatlicher Behörden ausgesetzt. Sie haben keinerlei Bürgerrechte: Ihre Bewegungsfreiheit, das Recht zu heiraten und Kinder zu bekommen sind stark eingeschränkt. Ihren Kindern werden oft nicht einmal Geburtsurkunden ausgestellt.

Neben den Rohingya gibt es auch andere muslimische Gruppen wie zum Beispiel die Kaman, die jedoch vom Staat als einheimische ethnische Gemeinschaft anerkannt werden.

Die Rohingya müssen oft Zwangsarbeit verrichten (40% der Zwangsarbeiter sind Kinder). Ihr Land wird konfisziert und sie werden willkürlich festgenommen, gefoltert, vergewaltigt, ermordet. Die Regierung weist regelmäßig Berichte von Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya zurück. Im Januar 2014 verübten buddhistische Nationalisten ein Massaker an den Bewohnern des Rohingya-Dorfes Du Chee Yar Tan verübt, wurde, bei dem nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 48 Rohingya getötet wurden. Die burmesische Regierung leugnet diesen Vorfall und spricht von „inakzeptablen Anschuldigungen“.

Aung San Suu Kyi hat öffentlich bestritten, dass die Rohingya als ethnische Gruppe existieren. Sie fordert zwar die „Herrschaft des Gesetzes“, unterschlägt jedoch, dass die Gesetze in Burma die Rohingya systematisch benachteiligen.



Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi

***„I do protect human rights, and I hope I shall
always be looked up as a champion
of human rights.“***

***„Ich schütze die Menschenrechte, und ich hoffe,
dass man mich immer als eine Kämpferin für
Menschenrechte ansehen wird.“***

Sie sagte auch wörtlich über die Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya: „Nein, es sind keine ethnischen Säuberungen“ und fügte hinzu, dass im Bundesstaat Rakhine sowohl Buddhisten als auch Muslime in Flüchtlingslagern seien – erwähnte jedoch nicht, dass es in überwältigender Mehrheit Muslime sind, die in Lagern leben. Ihre Partei hat sich mit einer nationalistischen Partei zusammengeschlossen, um bei den zukünftigen Wahlen größere Chancen zu haben.

Ihr Vater Aung San, Vorkämpfer für die Unabhängigkeit Burmas von den Briten, hatte die Rohingya im Jahr 1946 als gleichberechtigte ethnische Gemeinschaft anerkannt, die jedes Recht auf die Staatsbürgerschaft in Burma besäßen.



General Aung San

3. Die Situation seit Juni 2012 – Eskalation der Gewalt

Im Juni 2012 eskalierte die Gewalt im Bundesstaat Rhakine zwischen der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit der Arakenesen und den Rohingya. Seitdem mussten mehr als 140.000 Menschen innerhalb des Landes vor der Gewalt fliehen. Sie leben in über zwei Dutzend Lagern rund um Sittwe, die Hauptstadt des Bundesstaates Rakhine. Über 65.000 flohen in Nachbarländer.

Der Beginn der Unruhen

Die Unruhen begannen, nachdem eine Gruppe von muslimischen Männern am 28. Mai 2012 angeblich eine 27-jährige buddhistische Arakanessin vergewaltigt und getötet hatte. Drei Muslime wurden am nächsten Tag verhaftet. Am 3. Juni zerrten 300 buddhistische Arakanesen zehn Rohingya aus einem Bus und lynchten sie. Zuvor waren im Bundesstaat Blätter verteilt worden, auf denen Rache für den Mord an der Frau gefordert wurde. Am 8. Juni randalierten Rohingya nach den Freitagsgebeten: Mehrere Häuser wurden zerstört und sieben Menschen kamen ums Leben. Über die folgenden vier Tage breitete sich die Gewalt auf andere Siedlungen in Rakhine aus. Rohingya und andere Muslime berichteten von Übergriffen, Vergewaltigungen, willkürlichen Festnahmen und die Zerstörung ihres Eigentums durch Sicherheitskräfte und arakanesische Mobs. 100.000 Menschen, die meisten von ihnen Rohingya, wurden zu Flüchtlingen. Über 5.000 Häuser - die meisten von ihnen Rohingya - wurden zerstört.

Die Rohingya in Burma

Am 21. Oktober kam es in anderen Teilen von Rakhine wieder zu Ausschreitungen in großem Umfang. Systematisch wurden Rohingya und andere Muslime wie die ethnischen Kaman angegriffen. Etwa 32.000 Menschen, meisten von ihnen Muslime, wurden vertrieben. Die Organisation *Fortify Rights* identifizierte vier Massengräber mit Leichen von getöteten Rohingya. Satelliten-Bilder belegten die massiven Zerstörungen durch buddhistische Extremisten.



Seit März 2013 kam es auch in anderen Teilen Burmas zu Ausschreitungen: Nun wurden auch immer wieder andere muslimische Gemeinschaften angegriffen. Gruppen wie die nationalistische buddhistische 969-Bewegung (Siehe Kapitel 4) machten verstärkt Stimmung gegen Rohingya und Muslime in Burma. In der Stadt Meiktila in der Mandalay-Region im Zentrum des Landes wurden Ende März 2013 bei Angriffen auf Muslime 1.500 Häuser und 12 der 13 Moscheen der Stadt von Buddhisten zerstört. Das gesamte muslimische Viertel Mingalar Zayyone wurde dabei zerstört. 44 Menschen wurden ermordet, darunter auch 20 Schüler und ihre Lehrer in einer muslimischen Schule. 12.000 Menschen wurden vertrieben.

Thomas Ojea Quintana, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Burma, wurde bei seinem Besuch in Meiktila am 21. August 2013 von Buddhisten attackiert: 200 näherten sich seinem Auto, sie rüttelten es und beschimpften Quintana. Er wurde aufgefordert, die Region zu verlassen. Zwei Monate zuvor hatte er die Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya als „weitverbreitet und systematisch“ bezeichnet und sich damit den Zorn von buddhistischen Extremisten zugezogen.

Das Jahr 2013 war nicht nur das Jahr der Gewalt gegen Rohingya. Es war aber auch das Jahr des Aufstieges der 969-Bewegung und des steigenden Hasses gegen alle Muslime in Burma. Auch in den Nachbarländern kam es daraufhin zu religiösen Spannungen zwischen Buddhisten und Muslimen.

Januar 2014: Angriff auf das Dorf Du Chee Yar Tan

Am 13. Januar 2014 griffen burmesische Sicherheitskräfte und extremistische Buddhisten das Dorf Du Chee Yar Tan im Maungdaw-Bezirk im Rakhine-Staat an. Augenzeugen berichteten der *Gesellschaft für bedrohte Völker*, dass bis zu 40 Rohingya bei dem Angriff getötet wurden. Ein Großteil der 4.000 Bewohner floh. Einem Bericht der Vereinten Nation über das Massaker zufolge hatten zuvor Rohingya einen Polizisten gekidnappt und getötet. Eine Überlebende Rohingya, Zaw Patha, berichtete einer Journalistin der *New York Times*, wie sie hilflos zusehen musste, als ihr 15-jähriger Sohn Mohmach weggezerrt und mit einem Gewehr geschlagen wurde. Sie floh in die umliegenden Reisfelder. Sie geht davon aus, dass ihr Sohn tot ist. Ihre Besitztümer wurden verbrannt und ihre Kühe gestohlen.



Mindestens zehn Rohingya wurden beim dem Massaker enthauptet. Ihre Köpfe wurden in einem Wassertank gefunden. Bewohner des Nachbarortes berichteten den Vereinten

Nationen, sie hätten gesehen, wie arakanesische Sicherheitskräfte 20 Körper in den umliegenden Hügel getragen hätten, wohl um die Morde zu vertuschen. Die Hilfsorganisation *Ärzte ohne Grenzen* (*Médecins sans Frontières, MSF*) berichtete, dass sie kurz nach dem Massaker 22 verwundete und traumatisierte Rohingya in ihren Kliniken behandelt habe. Überlebende des Massakers versuchten, in ein in der Nähe gelegenes Flüchtlingslager zu gelangen. Soldaten verweigerten ihnen erst den Zugang und ließen sie hinein, nachdem sie Bestechungsgelder gezahlt hatten.

Die burmesischen Behörden verweigerten internationalen Beobachtern und Rohingya den Zugang zum Dorf – trotz der Forderung westlicher Botschaften und der Menschenrechts-kommissarin der Vereinten Nationen, Navi Pillay, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen. Die nationale burmesische Menschenrechtskommission beteuerte, dass es keine Übergriffe auf die Rohingya gegeben habe. Zwei Journalisten der *New York Times* und ein Fotograf wurden für kurze Zeit inhaftiert, als sie vor Ort recherchieren wollten.

Das Ghetto Aumingalar



Nach der Eskalation der Gewalt im Jahr 2012 flohen viele Muslime aus Sittwe in ein großes Flüchtlingslager nahe der Stadt. Einige Rohingya und andere Muslime blieben in Sittwe im Aumingalar-Bezirk zurück. Die Behörden schränkten ihre Bewegungsfreiheit zunehmend ein.

Sie können nicht in andere Bezirke gehen, speziell in jene mit einem hohen Anteil an Buddhisten. Der Aumingalar-Bezirk wird seit langer Zeit stark von der Polizei kontrolliert. Aus Sicherheitsgründen können die Rohingya nicht mehr nach draußen gehen. Ende Januar 2014 zäunten Polizisten und

Soldaten das Stadtviertel Aungmingalar mit Bambus- und Betelstöcken ein. Die dort seit Jahrzehnten lebenden Rohingya dürfen weder Jobs in anderen Bezirken annehmen noch

Besuch empfangen. Nur bei der Zahlung von Bestechungsgeldern an die Sicherheitskräfte können Besucher in das Viertel hinein gelangen. Die burmesischen Behörden erklärten, dass diese Aktion die Sicherheit der Rohingya garantieren soll.

140.000 Rohingya leben heute noch in Flüchtlingslagern

140.000 Rohingya leben seit 2012 in Rakhine in registrierten und nicht-registrierten Lagern. Die Lebensumstände sind verheerend: Der Mangel an Lebensmitteln bestimmt das alltägliche Leben der Menschen. Die Menschen, die in registrierten Lagern leben, erhalten kleine Rationen an Öl, Reis, Salz und Kichererbsen –das entspricht einer Mahlzeit am Tag. Die Menschen in den registrierten Lagern erhalten wenigstens Hilfe durch nationale und internationale Organisationen, die Menschen in den nicht-registrierten Lagern erhalten keinerlei Unterstützung von außen. Sie überleben nur dank der Hilfe anderer Muslime und sogar einiger Buddhisten.



Hilfsorganisationen, die in den Lagern tätig sind, berichteten, dass Kinder unter sechs Jahren und Frauen besonders hilflos seien. Die Mangelernährung hat zur Ausbreitung von Krankheiten und Todesfällen geführt. Daneben fehlt es auch an Wasser und sicheren Unterkünften. Während der Trockenzeit zwischen November und Mai haben die Vertriebenen in den Lagern einen erschwerten Zugang zu Wasser. Das führt zu erhöhten Raten an Durchfall, Krankheiten des Verdauungssystems und Hepatitis A.

In der Regenzeit gibt es andere Probleme: Die meisten Lager liegen in trockenen Reisfeldern oder Gegenden, die zu Beginn der Monsun-Zeit geflutet werden. Die von der Regierung in den registrierten Lagern errichteten Häuser können genauso wenig wie die Lehmhäuser, Bambuskonstruktionen und Blechdächer den Regenmassen widerstehen.

Die Rohingya haben keine Bürgerrechte. Wie bereits erwähnt, werden sie nicht als Staatsbürger anerkannt. Als Rechtlosen ist es ihnen nicht erlaubt, die Lager zu verlassen. Sie können nicht ins Krankenhaus gehen oder Lebensmittel und Medikamente vom nächstgelegenen Markt kaufen. Einige Rohingya, die von Sicherheitskräften gezwungen wurden, in die Lager zu gehen, sind nun eingesperrt und können nicht zu ihrem Besitz zurück. Aus einer temporären wurde eine permanente Situation: Die Rohingya sind vom Rest der Bevölkerung abgeschnitten.

Immer wieder werden sie in den Lagern Opfern physischer Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Die Polizei, die eigentlich für ihre Sicherheit sorgen soll, bewacht sie nur. Kommt man einmal in ein Lager für Flüchtlinge, sind die Chancen minimal, es auch wieder verlassen zu können. Allein durch die Bestechung korrupter Polizisten können sie für einen kurzen Zeitraum aus den Lagern raus.

Die Regierung Burmas erlaubt nur wenigen internationalen Hilfsorganisationen, in den Lagern die Menschen zu versorgen und Bildungsprogramm durchzuführen. Trotz ihrer großen Bemühungen berichten Mitarbeiter von Hilfsorganisation über enorme Probleme bei dem Verteilen von Hilfsgütern, weil sie von der lokalen Bevölkerung angefeindet werden. Viele Arakanesen werfen den Hilfsorganisationen vor, die Rohingya zu bevorteilen.

Die Sicherheitsbedingungen in den Lagern sind ebenfalls verheerend. Die Polizei malträtiert die Flüchtlinge physisch und psychisch. Es ist kein Geheimnis, dass Polizei und Armee in die Zerstörung von Rohingya-Dörfern involviert waren, anstatt die Siedlungen zu schützen.

Interview mit einem Rohingya, der in einem Lager für Binnenflüchtlinge lebt

Wo stammen Sie her?

Ich komme aus dem Kondan-Viertel in Sittwe, aus der Nähe des Auminglar-Viertels in der Innenstadt.

Wie kam es, dass Sie ins Flüchtlingslager gehen mussten?

Nachdem mein Viertel und mein Haus niedergebrannt wurden, musste ich ins Flüchtlingslager gehen. Ich lebe jetzt im That Key Pyin-Lager für Binnenflüchtlinge. Das Leben im Lager ist schrecklich.

Sind Sie trotz der schrecklichen Zustände, in den die Rohingya gefangen sind, hoffnungsvoll?

Ich habe keine Hoffnung. Wie lange sollen wir noch leiden? Wir sind auch menschliche Wesen! Aber wir werden von der Regierung schlechter als Tiere behandelt. In der Sahara-Wüste zu leben wäre besser als unter diesen Umständen.

Was sollte die internationale Gemeinschaft tun?

Ich erwarte von der internationalen Gemeinschaft, dass sie auf die Regierung Druck ausübt, damit wir Rohingya endlich als Staatsbürger dieses Landes anerkannt werden.

Wenn Sie morgen die Möglichkeit hätten, nach Sittwe zu gehen, würden Sie es tun?

Natürlich möchte ich nach Sittwe zurück. Dort bin ich geboren.

4. Die 969-Bewegung und buddhistischer Extremismus

„Ich bin stolz darauf, wenn man mich einen radikalen Buddhist nennt“

„Wenn wir schwach sind, wird unser Land muslimisch werden“

„Wir müssen uns um unsere Religion und unsere Rasse kümmern. Das ist wichtiger als Demokratie.“

- Ashin Wirathu, Führer der 969-Bewegung

In den vergangenen Jahren ist die Gewalt von buddhistischen Extremisten an Muslimen eskaliert. Buddhistische Führer aus anderen Ländern wie der Dalai Lama und der thailändische Mönch und Gelehrte Phra Paisal Visalo verurteilten die religiös motivierte Gewalt und erinnerten daran, dass die Einteilung in „Wir gegen Sie“ durch extremistische Buddhisten in Burma nicht mit der wahren Lehre des Buddhismus vereinbar ist.

Trotz dieser Appelle haben Gruppierungen, die vor einer Islamisierung Burmas warnen, steigenden Zulauf. Ashin Wirathu, ein buddhistischer Mönch aus einem Kloster in der burmesischen Stadt Burmas Mandalay und Führer der sogenannten 969-Bewegung, ist der „prominenteste“ extremistische Buddhist des Landes.



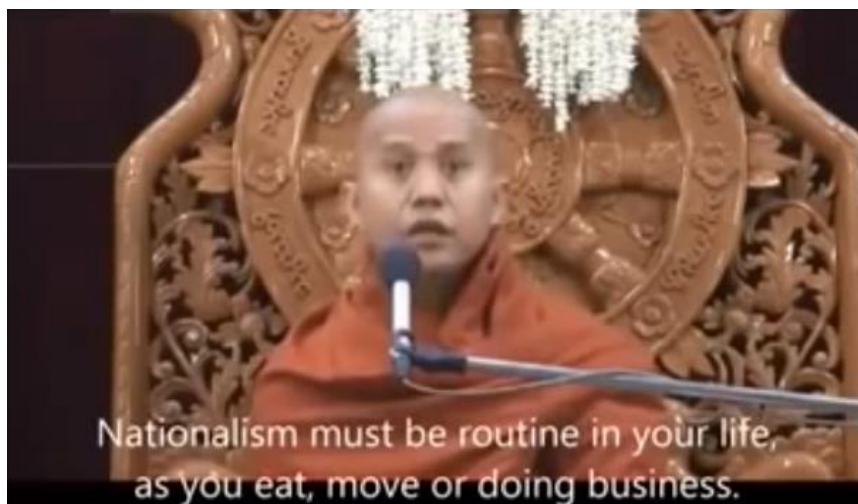
969-Logo

Die Ziffern 969 symbolisieren den Anhängern der Bewegung zufolge die Überzeugungen Buddhas, die buddhistische Praxis und die buddhistische Gemeinschaft. Aufkleber der 969-Bewegung sind inzwischen in ganz Burma auf Autos, Fahrrädern, an Bushaltestellen oder in Geschäften zu sehen.

Mitglieder der 969-Bewegung fordern Geschäftsleute auf, nur mit anderen Buddhisten Geschäfte zu machen. Sie denunzieren diejenigen, die mit Muslimen verkehren, als Verräter ihrer Religion und Kollaborateure einer unmittelbar bevorstehenden

„muslimischen Invasion“. Ehen, Freundschaften zwischen Buddhisten und Muslimen lehnen die Extremisten ab und fordern Gesetze gegen interreligiöse Ehen. Sogar Gewalt gegen Muslime wird als „Selbstverteidigung“ und als förderlich für das eigene Karma angepriesen. Ein Massaker von extremistischen Buddhisten an Muslimen in der Stadt Meiktila bezeichnete Wirathu als ein „Zeichen der Stärke“.

Aktivisten der Bewegung reisen in verschiedene Landesteile und rufen in öffentlichen Ansprachen zur Ausweisung von Muslimen aus Siedlungen und Dörfern auf. Regelmäßig kommt es dann wenige Tage danach zu Gewaltausbrüchen gegen die Minderheit. Die Überreste verbrannter muslimischer Läden werden mit den Ziffern „969“ besprüht. Ein wichtiger Teil von Wirathus Verschwörungstheorien ist die angebliche Unterwanderung der burmesischen Wirtschaft durch Muslime. Obwohl allgemein bekannt ist, dass das burmesische Militär die wichtigsten Teile der Wirtschaft kontrolliert und keiner der wichtigsten Wirtschaftsführer Muslim ist, ist diese krude These ein beliebtes Mittel, um Angst vor Muslimen zu schüren.



Wirathus Predigten (Foto links), zu denen tausende Menschen strömen, werden hunderttausendfach auf CDs und DVDs gespielt und im ganzen Land verkauft. Aus den Lautsprechern von vielen Restaurants und Geschäften hört man

seine trügerisch sanfte Stimme. Buddhistische Klöster, die mit der 969-Bewegung verbunden sind, öffnen landesweit Gemeinschafts-Zentren und bieten Programme für Kinder an. Auch über Facebook und Youtube verbreitet die 969-Bewegung ihre Hasspropaganda.

Diejenigen, die sich gegen diese Propaganda wehren, werden bestraft: Als am 20. April 2013 in der Region Bago ein Muslim einen Aufkleber der 969-Bewegung von einem Laden entfernte, wurde er drei Tage später wegen „Beleidigung der Religion“ von einem Gericht zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Statt entschlossen für einen Dialog zwischen der buddhistischen Mehrheitsbevölkerung und der muslimischen Minderheit einzutreten, lobte Burmas Präsident Thein Sein den Führer von 969, Wirathu und sorgte im vergangenen Jahr dafür, dass eine Ausgabe der



amerikanischen Zeitschrift *Time* in Burma verboten wurde, in der unter dem Titel „Das Gesicht des Terrors“ Wirathus Rolle in Burma kritisch beschrieben wurde. Die 969-Bewegung bezeichnete Thein Sein als „Zeichen des Friedens.“

Im Februar 2014 begannen die Führer der 969-Bewegung damit, für einen Gesetzesentwurf über den „Schutz von Rasse und Religion“ zu werben. 1,3 Millionen Menschen unterschrieben, von Wirathu überzeugt, die Petition. In ihr wird gefordert, dass buddhistische Frauen eine Erlaubnis ihrer Eltern und der lokalen Behörden

bekommen müssen, bevor sie einen Mann einer anderen Religion heiraten. Die Möglichkeit, zu einer anderen Religion zu konvertieren, wird ebenfalls eingeschränkt.

Staatspräsident Thein Sein beauftragte daraufhin am 7. März eine neue Kommission und den Hohen Gerichtshof, einen Gesetzesentwurf zu diesen Punkten vorzulegen. Es ist zu erwarten, dass durch die fatale Religionspolitik der Regierung die Spannungen zwischen den Religionen in Burma, aber auch in den Nachbarländern zunehmen werden.

5. Rohingya auf der Flucht in die Nachbarländer



Zwischen 2012 und 2013 flohen mehr als 65.000 Rohingya vor Gewalt und Verfolgung aus Burma. Fast alle von ihnen sind in Flüchtlingslagern und in Internierungszentren untergebracht. Die Flucht aus Burma ist gefährlich: Die Boote für Fischer gebaut, nicht aber, um Menschen von einem Land in ein anderes zu transportieren. Aber häufig haben die Rohingya keine andere Möglichkeit, als aus Burma zu fliehen.

Schmuggler verlangen von den in Burma rechtlosen Rohingya bis zu 1.000 Dollar für den Transport. Obwohl die Rohingya lieber in Länder wie Malaysia und Indonesien gehen würden, sind die Küsten von Bangladesch oder die Strände von Thailand häufig die erste und letzte Anlaufstelle.

Zwischen Burmas Nachbarn Thailand und Bangladesch gibt es Menschenhändlerringe, die die gesamte südostasiatische Region „beliefern“. Polizisten aus Burma und

anderen Ländern wie Thailand, Bangladesch, Malaysia und Indien sind am Menschenhandel beteiligt. Die Rohingya können sich aufgrund ihres rechtlosen Status nicht frei bewegen; nur durch die Zahlung von Bestechungsgeldern können sie die burmesische Küste erreichen und mit Schmugglern in Kontakt treten.

Während der Fahrt sind die Rohingya gezwungen, mehrere Tage in derselben Position zu verharren. Häufig sind sie physischer Gewalt durch die Besatzung ausgesetzt. Frauen werden von ihren männlichen Angehörigen getrennt und auf das Oberdeck der Boote gebracht, wo sie häufig vergewaltigt werden. Diejenigen, die nach Wasser fragen, werden über Bord geworfen und ertrinken.

An Land angekommen, beginnt ein neuer Albtraum. So werden die Rohingya, die in Thailand ankommen, in Internierungslager gebracht oder zuvor bereits an Menschenhändler verkauft. Zeitungsberichten zufolge bekommen thailändische Mitarbeiter der Immigrationsbehörden von Menschenhändlern ungefähr 300 Dollar für einen Rohingya. Nur einen halben Tag mit dem Boot entfernt von Phuket, dem beliebten Tourismusparadies, gibt es mehrere von Menschenhändlern geführte Lager. In diesen Lagern werden Rohingya gefangen gehalten, bis sie auf Fischerboote oder Farmen verkauft werden oder für eine Zahlung von Lösegeld verkauft werden. Diejenigen, die Glück haben, werden nach der Zahlung exorbitanter Summen nach Malaysia, Indonesien oder Australien gebracht.

Die Rohingya, die nur über wenig oder gar kein Geld mehr verfügen, werden von Menschenhändlern gezwungen, das Vertrauen anderer Rohingya in den von der Regierung geführten Lagern in Thailand zu gewinnen. Menschenhändler haben nach der Zahlung von Bestechungsgeldern freien Zugang zu von der Regierung geführten Internierungslagern und Unterkünften, wo sie Rohingya anwerben oder entführen. Häufig versprechen kriminelle Banden Rohingya einen sicheren Ort zum Leben, die Wiedervereinigung mit der Familie, eine Arbeit oder sogar Ausweisdokumente. Frauen und auf sich allein gestellte Kinder, die besonders auf ein Wiedertreffen mit ihren Familien angewiesen sind, sind am Verletzlichsten. Sie werden und schließlich von denjenigen entführt, die ihnen versprechen, sie umsonst zu ihrer Familie oder nach Malaysia zu bringen.

In Bangladesch leben die Rohingya-Flüchtlinge in elenden Zuständen. Registrierte und nicht-registrierte Lager für Flüchtlinge sind Nährböden für Kriminalität: Frauen, Männer und Kinder werden Opfer von Sexhandel. Sie werden als Haussklaven missbraucht oder müssen Zwangsarbeit leisten.



Trotz der häufigen Berichte über Entführungen und sexuelle Gewalt in den Flüchtlingslagern tun die Behörden Bangladeschs nichts, um die Vorwürfe zu untersuchen, da die Opfer staatenlose und rechtlose Subjekte sind.

Frauen sind in dem Land nicht nur das Ziel von Vergewaltigern: Sie werden zwangsverheiratet oder als Haussklaven eingesetzt. Aufgrund der extrem schlechten Lebensbedingungen fliehen viele Rohingya auf der Suche nach einem besseren Leben von Bangladesch nach Indien.

Strikte Grenzkontrollen und ihre Staatenlosigkeit zwingt die Rohingya wieder dazu, Menschenhändler oder korrupte Polizisten zu kontaktieren, um nach Indien zu gelangen. In Indien bekommen sie nur schlecht bezahlte Arbeit in Fabriken für Walnuss-Verpackungen im indisch kontrollierten Kaschmir. Da sie keine Dokumente besitzen, müssen sie an Polizeikontrollen hohe Summen an Bestechungsgeldern zahlen. Wenn sie kein Geld haben, kommen sie ins Gefängnis. Oder Rohingya-Frauen werden als Bezahlung von den Polizisten genommen und von ihren Familien getrennt.

Auch in Malaysia und Indonesien ist Menschenhandel ein großes Problem. Wenn sie an Land ankommen oder bereits auf See von den Behörden entdeckt werden, werden die Rohingya wie in Thailand in Internierungslager für illegale Flüchtlinge gebracht. Diese Lager sind überfüllt: Männer schlafen mit dutzenden anderen Inhaftierten in einem Raum und dürfen diesen nur zum Einnehmen von Mahlzeiten verlassen. Rohingya-Flüchtlingen bleiben nur zwei Möglichkeiten: Sie können sich vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) registrieren lassen. Das kann jedoch bis zu drei Jahre dauern. Oder sie flüchten mit der Hilfe von Menschenhändlern oder korrupten Polizisten aus den Lagern. Da sie über keine Ausweispapiere verfügen und rechtlos sind, ist ihre Abhängigkeit von Kriminellen groß, denn legale Arbeitsmöglichkeiten gibt es für sie nicht. Nur im informellen Sektor, als Bauarbeiter, Hausangestellte oder auf lokalen Märkten finden sie Arbeit. Sie können nicht über ihren Lohn verhandeln oder ihre Arbeitgeber belangen, wenn diese ihnen den Lohn verweigern. Die meisten Rohingya müssen noch die Schmuggler bezahlen, die sie transportiert hatten. Andere sparen Geld, damit sie ihre Verwandten nachholen können.

Menschenhandel ist ein transnationales Verbrechen. Neben der Unterzeichnung internationaler Abkommen und Konventionen ist es auch wichtig, dass die internationale Gemeinschaft intensiv kooperiert. Ein striktes Gesetz gegen Menschenhandel reicht nicht aus. Das Verbrechen des Menschenhandels kann nicht nur mit kurzfristig eingeführten Gesetzen, sondern nur das Erreichen und Einhalten internationaler Standards wirkungsvoll bekämpft werden.

Kein asiatisches Land ist Unterzeichner der Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951. Ohne Rechtsschutz und internationale Hilfe können Menschenhändler ungehindert Opfer anlocken. Selbst ohne die Unterzeichnung der Flüchtlingskonvention könnten diese Länder Flüchtlingen ein Minimum an Schutz bieten und sie nicht in die Länder zurückschicken, in denen sie massiv verfolgt werden. Die Rohingya sind staatenlos. Ihre Rechtlosigkeit endet nicht an den Staats-grenzen Burmas; sie folgt die Rohingya bis in die Länder, in denen sie Schutz suchen. Ohne Staatsbürgerschaft und internationalen Schutz sind sie leichte Beute für Menschenhändler.

6. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert:

- Die Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya müssen geahndet werden. Die Rohingya müssen von den staatlichen Behörden geschützt werden;
- Die Regierung muss eine eine Kampagne für religiöse Toleranz starten. Sie muss entschlossen gegen Hassprediger vorgehen;
- Die burmesische Regierung muss das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 aufheben und den Rohingya die Staatsbürgerschaft zurückgeben;
- Die burmesische Regierung muss extremistische Bewegungen, die Hass zwischen den Religionen schürt, öffentlich kritisieren, statt sie zu loben. Die 969-Bewegung muss verboten werden;
- Die Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya müssen unabhängig untersucht werden. Journalisten müssen freien Zugang zu den Orten von Menschenrechtsverletzungen bekommen;
- Die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Personen müssen vor

Gericht gestellt werden. Die burmesische Justiz muss Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen bekämpfen;

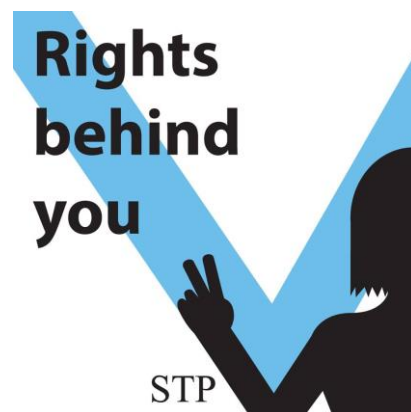
- Hilfsorganisationen und die Vereinten Nationen müssen freien Zugang zu den notleidenden und auf Hilfe angewiesenen Rohingya bekommen.

7. Was kann man selber tun?

Viele stellen sich diese Frage, nachdem sie von den Rohingya gehört oder gelesen haben. Von dieser Frage ausgehend, möchten Ihnen ein paar Tipps geben:

1) Informieren: Sie können anderen von den Rohingya erzählen. Diese Minderheit, auch wenn sie als die am meisten bedrohte weltweit gilt, ist nicht sehr bekannt. Also, bitte helfen Sie, die Rohingya bekannter zu machen. Erzählen Sie Ihren Freunden und Bekannten von ihnen.

2) Besuchen Sie unsere Facebook-Seite über die Rohingya (www.facebook.com/rightsbehindyou), klicken Sie auf „gefällt mir“ und teilen Sie die Seite mit Ihren Freunden und Bekannten. Auf der Seite gibt es jede Menge Informationen über die Rohingya und das Thema Menschenrechte. Sie können unsere Foto-Kampagne unterstützen, in dem Sie ein eigenes Foto plus Slogan hochladen.



3) Unterstützen Sie die Gesellschaft für bedrohte Völker und andere Menschenrechtsorganisationen in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung von ethnischen und religiösen Minderheiten und indigenen Gemeinschaften